

ANTRAG

der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Nationalen Flüchtlingsgipfel“ einberufen - Unterbringung und Betreuung von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern, Geduldeten und ausländischen Flüchtlingen neu regeln

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle Bemühungen für einen „nationalen Flüchtlingsgipfel“ auf Bundesebene aktiv zu unterstützen und an einem Konzept zur Neuregelung der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerberinnen/Asylbewerber, Geduldeten und ausländischen Flüchtlingen konstruktiv mitzuwirken.

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Spätestens nach den mutmaßlichen Misshandlungen von Flüchtlingen in Unterkünften in Nordrhein-Westfalen ist ein „nationaler Flüchtlingsgipfel“ erforderlich. Alle Beteiligten - Bund, Länder, Kommunen und Flüchtlingsorganisationen - müssen an einen Tisch, um in einem grundlegenden Verständigungsprozess die Bedarfe für die Unterbringung und Betreuung für Asylbewerberinnen/Asylbewerber, Geduldete und ausländische Flüchtlinge zu ermitteln und ein gemeinsames Aufnahme- und Integrationskonzept zu entwickeln.

Unterstützungsleistungen für Flüchtlinge dürfen nicht an der finanziellen Situation der Kommunen scheitern. Nicht nur die Aufnahme und Verteilung, sondern auch die Sicherheit und Betreuung der Asylsuchenden sowie Möglichkeiten des Zugangs zu Sprachkursen, umfassender medizinischer Versorgung und Standards bei der Unterbringung, müssen bundespolitisch und somit flächendeckend einheitlich geregelt und finanziell unteretzt werden.

Die wieder ansteigenden Flüchtlingszahlen sind der Bundesregierung seit längerer Zeit bekannt. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung wahrnehmen und den Ländern, den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden umfassende Unterstützung zukommen lassen. Es ist an der Zeit, einen „nationalen Flüchtlingsgipfel“ einzuberufen. Die Landesregierung möge mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Bemühungen für einen solchen Flüchtlingsgipfel aktiv und zielorientiert unterstützen und diesen konstruktiv begleiten.